



Bericht der AG 3 „Wohnen und Leben“

Lebensqualität in Stadt und Land nachhaltig sichern

Menschen haben in Deutschland hervorragende Möglichkeiten ein Leben in Freiheit und Wohlstand zu führen. Unsere offene und freiheitliche Gesellschaft mit ihrem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist erfolgreich und zieht Menschen aus Europa und aller Welt an.

Wir, als CDU, wollen diese hohe Lebensqualität bewahren und zukünftigen Generationen ermöglichen. Wir wollen einen schonenden Umgang mit unseren Ressourcen und der Gesundheit der Menschen, einen effizienten Einsatz der Güter und der Rohstoffe, den Erhalt der Natur und der Umwelt.

Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben. Wir eröffnen Chancen und schaffen die bestmöglichen Bedingungen vor Ort. Menschen sollen sich in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen wohl fühlen.

Die Herausforderungen der weltweiten Klimaveränderungen, des demografischen und gesellschaftlichen Wandels nehmen wir an und wollen diese zum Wohle der Menschen gestalten. Wir wollen unser Gemeinwesen nachhaltig weiterentwickeln und unsere Natur und Umwelt schützen.

Bewahren durch Veränderung

Die bisherige Strukturen müssen wir überprüfen und gemeinsam erfolgreich generationen- und umweltgerecht weiterentwickeln. Unsere hohe Lebensqualität werden wir nur bewahren können, wenn Menschen sich mit ihrer Kreativität, mit neuen Ideen entfalten können. Gute Politik muss mehr denn je bisherige Regelungen und Rahmenbedingungen in Frage stellen. Wir wollen, dass Gesetze und Verordnungen nur auf eine begrenzte Zeit gelten und hinsichtlich ihrer Wirkung überprüft werden.

Nachhaltigkeit besser erkennen

Menschen müssen erkennen können, ob bzw. wie persönliche und politische Entscheidungen Kriterien der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Es muss offengelegt werden, nach welchen Kriterien nachhaltig gehandelt werden soll und wie die unterschiedlichen Bereiche und Interessen zum Ausgleich gebracht werden können. Dabei helfen Ökobilanzen, Zertifizierungen, anerkannte Siegel und transparente Informationen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Entscheidungen der öffentlichen Hand verstärkt Nachhaltigkeitsprüfungen zu unterziehen. nachvollziehbar muss dargelegt werden, in welcher Art und Weise Maßnahmen umwelt- und ressourcenschonend und generationengerecht sind.

Arbeiten, Wohnen, Versorgen und Erholen besser verzahnen

Die Menschen sind daran interessiert, dass im Lebensumfeld möglichst viel nah beieinander liegt: Arbeitsplatz, Wohnung, Kita, Schule, Läden, Ärzte, Krankenhaus, Kultur- und Erholungseinrichtungen, Verkehrsmittel, Verwaltung, Natur. Die Entfernungen sollten möglichst kurz oder mit privaten bzw. öffentlichen Verkehrsmitteln gut und schnell überbrückbar sein. Das Idealbild einer geringen räumlichen Distanz zwischen Wohnen, Arbeit, Versorgung, Dienstleistungen, Freizeit- und Bildungsorten ist in unserer arbeitsteiligen und gewachsenen Gesellschaft nur bedingt zu verwirklichen. Dennoch geht es darum möglichst Verkehre zu vermeiden und frei verfügbare Zeit zu gewinnen. Deshalb müssen nachhaltige Raumordnungs- und Stadtentwicklungskonzepte besser umgesetzt, Planungsprozesse vereinfacht und beschleunigt werden.

Nachhaltig Wohnen

Die Nachfrage nach Wohnungen in Ballungsräumen und begehrten Lagen hat in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen. Gerade für wachsende Städte ergeben sich neue Chancen Stadtteile und Quartiere multifunktional zu entwickeln. Gleichzeitig stehen Wohnungen und Häuser in den bevölkerungsmäßig schrumpfenden Regionen leer. Vielfach sind es die kleinen und mittleren Städte, in denen es eher um den Umbau des Wohnungsbestandes geht. Familien benötigen größere Wohnungen und eine angepasste Infrastruktur.

Die eingeführte Mietpreisbremse soll kurzfristig und zeitlich begrenzt den Anstieg der Mieten in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten mildern. Langfristig kann das Angebot an Wohnraum in diesen Gebieten erhöht werden. Neubau an bestehenden

ÖPNV-Trassen, eine aktive Baulückenerschließung aber auch die Entwicklung von bisher benachteiligten Quartieren können Beispiele sein.

Moderne generationsübergreifende Wohnprojekte, neue Wohnungsbaugenossenschaften und Baugruppenmodelle sorgen für bezahlbaren Wohnraum und schaffen eigengenutztes Wohneigentum. Wir fordern, Liegenschaften in öffentlicher Hand gezielt zu entwickeln, gemeinsam mit Wohnungsbaugesellschaften und Investoren beispielsweise im Zuge städtebaulicher Verträge bezahlbaren Wohnraum zu erhalten bzw. zu schaffen.

Viele Menschen wollen in den eigenen vier Wänden leben. Mit vermögenswirksamen Leistungen wird dies heute schon gefördert. Mit Hilfe der KfW könnten wir die Eigentumsbildung noch stärker unterstützen. Bei energetischer Sanierung oder altersgerechtem Umbau beispielsweise sind Eigentümer gefordert zu investieren und benötigen dafür aktive Kreditinstitute insbesondere die Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen als Partner.

Die immer wieder diskutierte Abschaffung der Pendlerpauschale würde den Druck auf die Ballungsräume erhöhen und die ländlichen Räume entleeren. Wir halten an der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Fahrten zwischen Wohnort und Arbeitsstätte fest. Wir wollen mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum durch bessere digitale Infrastruktur, moderne Arbeitsformen und innovative Techniken.

Selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter

In unseren Städten und Dörfern leben immer mehr alte Menschen, die pflegebedürftig sind, aber in ihren eigenen vier Wänden bleiben wollen. Für sie müssen verstärkt neue und effiziente Versorgungsmöglichkeiten gefunden werden. Dafür gibt es vielerorts sinnvolle Beispiele: Gerade die Entwicklung von Quartierskonzepten mit lokalen Netzwerken und integrierten Pflegeangeboten ist nicht nur effizient, sondern fördert auch eine Kultur des Miteinanders. Neben Beratung, Hilfeplanung und Pflege werden geeignete Wohnungen sowie barrierefreie Begegnungsmöglichkeiten, Verkehrsanbindungen, Nahversorgung benötigt. Wir wollen die langfristige und flächendeckende Fortführung der Mehrgenerationenhäuser, damit Menschen verschiedenen Alters sich gemeinsam und umeinander kümmern und eine aktive Gemeinschaft bilden.

Nachhaltig versorgt

Lebensqualität hängt auch von der Versorgung u.a. mit Trinkwasser, Strom und Wärme, der Entsorgung von Abwasser und Müll zusammen. Es geht um nachhaltige Versorgungssicherheit, Qualitätsbestimmung, Preistransparenz und Sozialverträglichkeit.

Hier kommt der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand eine entscheidende Bedeutung zu. Welche Leistungen der Daseinsvorsorge von der Kommune, den Stadtwerken oder kommunalen Unternehmen gewährleistet werden sollen, müssen die Menschen vor Ort selber entscheiden und die unterschiedlichen Interessenlagen zum Ausgleich bringen können. Nicht alles kann über den Preis geregelt werden; schon heute sind die Menschen mit den sogenannten Betriebskosten stark belastet. Aber deutliche Anreize zum Sparen der knappen Ressourcen sind erforderlich: beim Verbrauch in privaten Haushalten und der Wirtschaft, bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, bei der Effizienz in der Produktion und bei den hergestellten Produkten. Für die eingeleitete Energiewende heißt das beispielsweise, dass wir den Energieverbrauch reduzieren und die energetische Ertüchtigung von Gebäuden und Produktionsprozessen erreichen müssen.

Allein auf den Gebäudebereich entfallen rund 40 Prozent des deutschen Energieverbrauchs und etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen. Wir fordern deutliche Anreize zur sinnvollen energetischen Sanierung und zur Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden. Der Ansatz der steuerlichen Begünstigung von energetischen Investitionen ist richtig, zumal die örtliche Wirtschaft und das örtliche Handwerk von den Maßnahmen profitieren.

Mobilität nachhaltig gestalten

Nachhaltige Mobilitätskonzepte verknüpfen die verschiedenen Verkehrssysteme – Bahn, Bus, Zweirad und Auto – sinnvoll miteinander. Ob im Personen- oder Güterverkehr: Ziel muss es sein, weniger Treibhausgase, weniger Schadstoffe, weniger Feinstaub und weniger Lärm zu produzieren. Moderne Informationstechnik eröffnet neue Möglichkeiten zur Verkehrslenkung und Verkehrsoptimierung, somit zur Klima-, Umwelt- und Ressourcenschonung.

Im ländlichen Raum und in den kleineren Städten leben zwei Drittel der Bevölkerung. Die Menschen sind dort auf ihr Auto und ein intaktes Straßennetz angewiesen. In Stadt und Land kann der Anteil des Fahrradverkehrs als attraktive und umweltfreundliche Alternative zum Auto weiter gesteigert werden. Sichere, komfortable Radwege oder Fahrstreifen, genügend Abstellmöglichkeiten an Umsteigeplätzen wie Bahnhöfen und touristischen Attraktionen sowie die Bereitstellung von Mieträdern sind wichtige Ansatzpunkte.

Lösungen, die mehr anlassbezogen und stärker individuell bzw. auf die Bedürfnisse bestimmter Nutzergruppen zugeschnitten sind (z. B. kombinierte Schülerbeförderung, Bürgerbusse, Anruf-Sammel-Taxis, Carsharing), müssen vor Ort erarbeitet werden. Mobilitäts-Apps können Mitfahrten organisieren. Darüber hinaus muss die Wirtschaft erschwingliche emissionsarme Antriebssysteme, z. B. Hybrid- und Elektroantriebe, auf den Markt bringen.

Der öffentliche Personennahverkehr ist unverzichtbar und gerade schienengebundener Nahverkehr muss langfristig geplant und finanziert werden. Seit 2007 erhalten die Länder Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe von jährlich 1,3 Mrd. Euro zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in den Gemeinden. Ab 2014 ist die verkehrliche Zweckbindung weggefallen. Die Länder sind in der Verantwortung die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen, um die gemeindliche Infrastruktur nachhaltig zu erneuern und auszubauen. Wir müssen die Elektromobilität durch die notwendige Infrastruktur und technische Innovationen weiter entwickeln und zum Erfolg führen.

Die medizinische Versorgung in Stadt und Land sichern

Eine gute medizinische Versorgung gehört zur Lebensqualität in Stadt und Land dazu. Spezielle Probleme gibt es nicht nur im ländlichen Raum, sondern auch am Stadtrand oder in sozialen Brennpunkten. Mit dem Versorgungsstrukturgesetz wurden bereits Anreize für Ärzte geschaffen, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Das Abrechnungssystem wurde ebenfalls weiterentwickelt, um Landarztpraxen finanziell attraktiver zu machen. Auch sind die Zulassungsregelungen im hausärztlichen Bereich gelockert worden, sodass z. B. Zweigpraxen eröffnet werden können.

Wo die flächendeckende Versorgung gefährdet ist, müssen in erster Linie die Kassenärztlichen Vereinigungen ihren Sicherstellungsauftrag erfüllen. In den Medizinischen Versor-

gungszentren (MVZ) können Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen abwechselnd Sprechstunden abhalten. Die Regelungen für deren Zulassung und Betrieb sollten so erweitert werden, dass künftig auch MVZ mit mehreren Ärzten derselben Fachrichtung gegründet werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Kommunen Medizinische Versorgungszentren einrichten können, wenn die Versorgung durch Ärzte nicht sichergestellt werden kann. Des Weiteren fördern wir den Ausbau und den Einsatz der Telemedizin sowie eine Erweiterung des Katalogs delegierbarer Leistungen medizinischer Tätigkeiten (sowohl für ambulante wie für stationäre Leistungen) an medizinisch geschultes Personal mit entsprechender Ausbildung.

Vorbeugen ist besser als reparieren

In vielen Bereichen, beispielsweise im Gesundheitswesen und in der Kinder- und Jugendhilfe, kann Prävention nachhaltig wirken.

Gesundheitsbewusstes Verhalten und gesundheitsförderliche Prozesse müssen in den Familien, den Kinderbetreuungseinrichtungen, den Schulen und den Betrieben sowie den Jobcentern noch stärker unterstützt werden. Kindern, Jugendlichen und Eltern sollten mehr frühe unbürokratische Hilfen angeboten werden. Wir wollen die Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit den Schulen und Jobcentern besser verzahnen und frühzeitiger die Betroffenen unterstützen.

Gezielt müssen wir die Lebenswelten der Langzeiterwerbslosen, Alleinerziehenden mit geringem Einkommen, wohnungslosen Menschen und Personen mit niedrigen Renten in den Blick zu nehmen.

Zeitwohlstand für Familien erhöhen

Die Leistungsträger in unserer Gesellschaft stehen unter erhöhtem Druck. Die moderne Technik erleichtert nicht nur die Arbeit, sondern erhöht auch die Erwartungshaltung in Hinblick auf ständige Verfügbarkeit und Multitasking. Familien- und Erwerbsleben kann zeitlich miteinander besser in Übereinstimmung gebracht werden, wenn es beispielsweise flexible Arbeitszeitregelungen, schnelle Verbindungen zwischen Familie und Beruf, passende Öffnungs- und Arbeitszeiten von Ämtern und Dienstleistern, passende und verlässliche Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche gibt. Mit dem Ausbau der Betreuungseinrichtung für Kleinkinder, der Ausweitung des Angebotes von Ganztagsbetreuung

und Ganztagschulen sind wichtige Maßnahmen für Familien erfolgreich auf den Weg gebracht worden. Diese helfen nicht nur den Familien, sondern werden in Zukunft entscheidende Standortvorteile sein.

Die Kommunen sind auf vielfältige Weise aktiv, mit flexibilisierten Öffnungszeiten von Verwaltungen und Kindereinrichtungen Familien zu entlasten. Zukünftig wird es darauf ankommen, noch genauer die konkreten Bedarfslagen von Familien an ihrem Standort zu erfassen und dafür Lösungen zu finden. Es gehören alle an einen Tisch: Vertreter der Kommunalpolitik, Behörden, Träger von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften/Betriebsräte, Einzelhändler, Handwerker, Vertreter der Ärzteschaft und aus Krankenhäusern, aus Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt die örtlichen Verkehrsbetriebe. In der Städtebauförderung müssen wir verstärkt solche Programme entwickeln, die Kommunen, freie Träger und die Wirtschaft beim Ausbau der Familienfreundlichkeit unterstützen. Dabei können vorhandene Programme wie z. B. „Lokale Bündnisse für Familien“ integriert werden.

Lebensqualität durch Selbstbestimmung

Die Selbstverwaltung in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen ist das Erfolgsrezept unseres Landes. Dies hat sich gerade in den letzten Finanz- und Wirtschaftskrisen gezeigt. Was vor Ort und in Eigenverantwortung geregelt wird, wirkt eher nachhaltig als zentrale Entscheidungen. Hier werden die örtlichen Besonderheiten berücksichtigt und passgenaue Lösungen entwickelt. Zudem werden die Wirkungen auf zukünftige Generationen werden eher einbezogen.

Funktionierende kommunale Selbstverwaltung braucht eine aufgabenadäquate und auskömmliche Finanzausstattung durch die Länder. Die Ausgaben für das soziale Sicherungssystem sind in der Vergangenheit deutlich gestiegen. Einige Kommunen sind überfordert und werden aus eigener Kraft die Lasten nicht tragen können. Wenn Kommunen mehr ausgeben als sie einnehmen, fehlt Geld in der Kasse, greifen sie häufig auf sogenannte Kassenkredite zurück. Insbesondere große Städte in NRW und Rheinland-Pfalz sind davon betroffen und werden von ihren Ländern im Stich gelassen. Die ab 2020 wirkenden Schuldenbremsen der Länder dürfen nicht zu einer Verlagerung von Lasten und Defiziten auf die Kommunen führen. Die kommunalen Kassenkredite sollten vollumfänglich als Schulden

der Länder erfasst werden. In die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse sind so die Kommunen einzubeziehen.

Förderpolitik neu ausrichten

Mit Förderprogrammen wie z. B. der Städtebauförderung, können wichtige Impulse für die nachhaltige Weiterentwicklung unseres Gemeinwesens gesetzt werden. Aber Förderprogramme dürfen nicht als „Goldener Zügel“ die knappen Ressourcen einseitig in eine Richtung lenken. Problematisch sind in bedürftigen bzw. hochverschuldeten Kommunen die Eigenanteile. Die zukünftige Förderpolitik von EU, Bund und Ländern muss sich verstärkt auf einzelne modellhafte Projekte (Pilotprojekte) konzentrieren und von vornherein die Anschlussfinanzierung sicherstellen. Flächendeckende Förderprogramme sind so anzulegen, dass nicht nur die gesamte Laufzeit geplant und finanziell abgesichert ist, sondern auch die Zeit nach der Förderung bereits von Anfang an berücksichtigt wird.

Gleichwertige Lebensverhältnisse durch Flexibilisierung

Der Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land gilt. Jede Gemeinde und jede Region muss ihre spezifischen Stärken ausbauen. Lebensqualität auf dem Land ist eine andere als in der Stadt, im Ballungsraum eine andere als in dünnbesiedelten Regionen. Jeder Raum muss seine eigenen Antworten, Lösungen und Leitbilder entwickeln. Dafür braucht es mehr Möglichkeiten zur Flexibilisierung von Standards und den Mut, von den eröffneten Möglichkeiten zur Flexibilisierung stärker Gebrauch zu machen und insbesondere den Kommunen größere Handlungsspielräume einzuräumen. Die Diskussion über bestehende und künftige Standards ist nicht zuletzt deshalb unerlässlich, weil für die bedarfsgerechte Versorgung vor Ort – etwa bei sinkenden Einwohnerzahlen – mitunter neue Lösungen gefunden werden müssen.

Investitionen mit Zukunft

Die vorhandene Infrastruktur in Deutschland weist erheblichen Instandhaltungsstau auf. Die Infrastruktur muss an den demografischen Wandel sowie an den technischen Fortschritt angepasst, neue Infrastruktur aufgebaut werden. Beispiele dafür sind intelligente Straßen, Elektromobilität, Smart-Grits, Strom- und Wärmenetze, Breitband- und WLAN-Ausbau. Für diese Herausforderungen brauchen Bund, Länder und Kommunen deutlich mehr finanzielle Mittel. Wir wollen den Weg der Haushaltskonsolidierung konsequent

fortzusetzen, um freiwerdende finanzielle Mittel zur Ertüchtigung der Infrastruktur einzusetzen.

Die flächendeckende Breitbandversorgung in Stadt und Land mit Geschwindigkeiten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde muss bis 2018 realisiert werden. Glasfaserleitungen, die sichere und hohe Übertragungsraten liefern, müssen so weit wie möglich in die Fläche gebracht werden. Die Kosten wollen wir reduzieren durch einfache Verlegeverfahren, wie z. B. das Mikrotrenching und die Nutzung von Leerrohren bzw. ihre Anlage bei Bauarbeiten. Wo die Wirtschaftlichkeit des Breitbandausbaus nicht gegeben ist, bedarf es gezielter Förderprogramme, die aufeinander abgestimmt und übersichtlich gestaltet sein müssen. Wo Telekommunikationsunternehmen keinen schnellen Anschluss zur Verfügung stellen, müssen Projekte der Landkreise und Gemeinden in Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen im Sinne der Daseinsvorsorge stärker gefördert werden.

Menschen Heimat geben

Heimat ist ein Erlebnis von Verlässlichkeit und Vertrauen, geprägt von den Menschen, den Orten und Landschaften. Wer seinen Wohnort wechselt, ob beispielsweise aus familiären, beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen, muss eine neue Gemeinschaft finden, will willkommen geheißen werden. Viele Menschen aus Europa und der Welt kommen zu uns und bleiben. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist es wichtig, diese Menschen ebenfalls willkommen zu heißen und sicher zu stellen, dass sie integriert werden. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist die gemeinsame Sprache und der Respekt und die Anerkennung unserer gesamten Rechtsordnung und unserer Grundwerte, insbesondere der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Gute Nachbarschaft für neue Nähe

Familien leisten nach wie vor den größten Beitrag für Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung innerhalb unserer Gesellschaft. Viele Familien leben heute oft weit verstreut und können weniger auf die Hilfe durch Familienangehörige bauen. In unserer Gesellschaft wachsen immer mehr Menschen als Einzelkind auf führen immer mehr Menschen Ein-Personen-Haushalte und werden immer mehr Menschen im Alter ohne enge Verwandte sein. Menschen über 70 sind im Schnitt rund 17 Stunden am Tag allein. Die intensive und universelle Nutzung von Medien, Internet, Mobiltelefonen und Tablets ver-

ändert die Kommunikation, eröffnet viele berufliche und private Möglichkeiten, birgt aber bei ausschließlichem Gebrauch die Gefahr, dass gerade auch jüngere Menschen physisch vereinsamen. Mobilität und Um- bzw. Zuzüge verändern nachbarschaftliche Strukturen.

Gute Nachbarschaft ist eine Ressource, von der jeder Einzelne direkt profitieren kann. Vereinzelt gründen Menschen Initiativen sowie neue Netzwerke unter Nachbarn und Kommunen beschäftigen „Kümmerer“, die bei Bedarf den direkten Kontakt zwischen Kommune und Bürgern pflegen. Kommunen, Wohnungsbaugesellschaften, freie Träger, Kirchen können solche Initiativen in den Gemeinden, in Wohnanlagen und Quartieren besser unterstützen.

Von besonderer Bedeutung ist im Zeitalter des geeinten Europa die Pflege von guter Nachbarschaft in sowie zwischen den Städten und Gemeinden grenznaher Bereiche. Wir begrüßen und unterstützen Initiativen, die Zusammenarbeit und Nähe fördern.

Natur und Umwelt bewahren

Ein großer Schatz unseres Landes sind die Natur, der Boden als Grundlage der Landwirtschaft und die Wälder, Flüsse und Seen mit ihrer Wirtschafts-, Erholungs-, und Klimaschutzfunktion. Während der letzten 60 Jahre hat sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland mehr als verdoppelt. Im Jahr 2012 wurde täglich eine Fläche von 74 Hektar als neue Siedlungs- und Verkehrsfläche in Anspruch genommen. Dies geht zu Lasten der Natur, des Ökosystems und der Landwirtschaft. Renaturierung und Rekultivierung, Brachflächenmanagement und eine zurückhaltende Ausweisung neuer Flächen sind wichtige Schritte zur Erreichung des Ziels, die Flächenneuanspruchnahme auf 30 Hektar pro Tag bis 2020 zu reduzieren.

Wir fordern deshalb, wirtschaftliche Anreize zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme zu entwickeln und zu prüfen, inwieweit handelbare Flächenzertifikate oder Änderungen in den kommunalen Finanzausgleichen zum Erfolg führen. Dazu gehört auch eine sinnvolle Gestaltung des naturschutzfachlichen Ausgleiches. Dem Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung muss Geltung verschafft werden.

Lebensqualität braucht Sicherheit

Deutschland ist ein sicheres Land. Anonymität schafft Raum für Kriminalität. Eine intakte Nachbarschaft schützt oft vor Einbrüchen, Diebstahl und Raub. Eine Kultur des Hinschauens und der Wachsamkeit, des Sich-Kümmerns wirkt präventiv.

Dort, wo Hausgemeinschaften sich darauf verständigen, und an gefährdeten öffentlichen Orten und Plätzen kann Videoüberwachung zur Prävention und Aufklärung von Straftaten beitragen. Dabei muss der Datenschutz gewährleistet werden.

Die „Öffentliche Ordnung“ muss neu mit Leben erfüllt werden. Eine verstärkte Präsenz von Ordnungsämtern und Polizei trägt dazu bei, das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen zu verbessern, Vandalismus zu verhindern und der Verwahrlosung des öffentlichen Raums entgegenzuwirken. Deshalb brauchen wir die Polizeidienststellen auch im ländlichen Raum. Wir halten aber auch eine handlungsfähige Polizei, die im Notfall schnell am Ort des Geschehens ist, für unverzichtbar.

Teilhabe und Beschäftigung verbreitern

Trotz der guten konjunkturellen Lage und der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind mehr als 435 000 Menschen in Deutschland so „arbeitsmarktfremd“, dass ihre Chancen auf einen regulären Arbeitsplatz gegen Null gehen. Zusammen mit ihnen leben mehr als 300 000 Kinder. Diese Menschen brauchen Beschäftigung, Ermutigung, Qualifizierung und eine verlässliche längerfristige Unterstützung. Dies führt zu einer besseren gesellschaftlichen Stabilisierung und Teilhabe auch der Familien.

Für Menschen mit Behinderungen sind die Voraussetzungen für Teilhabe die persönliche Disposition, die gezielte Förderung und die Öffnung aller Bereiche der Gesellschaft und der Arbeitswelt. Für viele Menschen sind Werkstätten wichtig, weil sie dort Teilhabe am Arbeitsleben erfahren. Werkstätten haben den Auftrag, zu bilden und zu fördern. Darüber hinaus sollen sie soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Die Anerkennung der Arbeitsleistung, ideell und materiell, ist dabei von großer Bedeutung.

Wir wollen ein Teilhabegesetz für Menschen mit Behinderungen, damit mehr Menschen mit Behinderungen eine ihren Qualifikationen angemessene berufliche Tätigkeit ausüben und eigenes Einkommen erzielen können. Wir wollen das Instrument der Persönlichen

Budgets so weiterentwickeln, dass der Leistungsempfänger eine bessere Auswahl von Leistungsvarianten und damit echte Wahlmöglichkeiten erhält.

Aktivierende Bürgergesellschaft

Die kommunale Selbstverwaltung ermöglicht eine umfassende und frühzeitige Beteiligung der Menschen vor Ort. Die repräsentative Demokratie vor Ort ist flächendeckend durch plebiszitäre Elemente wie zum Beispiel Bürgerbegehren, Bürgerentscheide und Direktwahlen ergänzt worden. Die Kommunalpolitik muss möglichst viele Menschen in die Meinungsbildung vor Ort einbeziehen und mit ihnen das Gespräch, den Dialog und den gegenseitigen Austausch suchen.

Frühzeitige, systematische Bürgerbeteiligung kann die Wissensbasis erweitern, Expertengutachten können so den Praxistest bestehen. Rechtzeitige Beteiligung ermöglicht es, Interessenkonflikte sichtbarer zu machen und öffentlich abzuwägen. Professionelle Bürgerbeteiligung kann einen gleichberechtigten und moderierten Dialog zwischen den widerstrebenden Interessen herstellen und zu einem Ausgleich führen. Bürgerbeteiligung kann auch diejenigen aktivieren, die als „schweigende Mehrheit“ sonst nicht zu Wort kommen. Wir setzen auf eine frühzeitige Bürgerbeteiligung als Methode der Politik vor Ort gerade in den Fraktionen. Die notwendige organisatorische und finanzielle Unterstützung von Seiten der Kommunalverwaltungen ist dazu bereitzustellen.

Das ehrenamtliche Engagement in unseren Kommunen ist vielschichtig und keinesfalls immer an organisierte Strukturen gebunden. Neben dem „klassischen Ehrenamt“ in Vereinen, Kirchen, Sozialverbänden, Kommunalpolitik oder der Feuerwehr, engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich: Sei es in Bürgerinitiativen, Stadtteilprojekten, Kita- und Schulpflegschaften, als Jugendbegleiter, Lese- oder Jobpaten, bei Besuchsdiensten in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, im Rahmen der Mehrgenerationenarbeit oder der Nachbarschaftshilfe. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement stärken, die Bereitschaft dazu erhöhen und neue vielfältige Möglichkeiten zum Engagement eröffnen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Den demografischen Wandel wollen wir gestalten und durch interkommunale Zusammenarbeit besser begegnen. Auch bei der Herausforderung, Städte mit den umliegenden Ge-

meinden oder Kreisen besser zu vernetzen, kommt der Interkommunalen Zusammenarbeit immer größere Bedeutung zu. Überlegungen zur Zusammenarbeit können auch über Kreis- und Landesgrenzen sinnvoll sein. Wir wollen größere Anreize für die Zusammenarbeit von Kommunen schaffen und bestehende Hemmnisse beseitigen. Wir wollen die Beistandsleistungen von Kommunen von der Umsatzsteuer auch in Zukunft frei stellen.

Am Gemeinwohl orientiert

Die CDU Deutschlands orientiert sich seit je her am Wohl der Allgemeinheit: wir engagieren uns für eine intakte Umwelt und die Bewahrung der Schöpfung. Wir schützen die natürlichen und kulturellen Lebensgrundlagen. Wir stärken den Zusammenhalt der Gesellschaft und der Generationen.